

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werkältigen Volkes

Aboabonnementpreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn 8.—M., bei Selbstabholung 7,50 M. Durch die Post bezogen vierzehnmal jährlich 24.—M., für einen Monat 8.—M. — Preis der Einzelnummer 10 Pfa. — Telefon für Kontor und Expedition: 2721 und 4596. — Postscheckkonto Nr. 53477

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telefon 13693. — Verlag in Leipzig,
Tauchaer Straße 19/21 — Telefon 4596

Inseratenpreise: Die 7 gesetzte Kolonialzeile oder deren Raum 2,50 M.; bei Plakatvorlage 3.—M.; Familienanzeigen, die 7 gesetzte Zeile 2.—M.; Reklame-Kolonialzeile 10.—M. — Telefon für die Inseraten-Abteilung 2721. Schluss der Inseraten-Annahme für die fällige Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

Das Resultat von London.

Vorzeitig beendet? Ein höchst mageres Ergebnis.

Paris, 22. Dezember. (DA.) Die Londoner Besprechungen zwischen Briand und Lloyd George sind höchst überraschend zu einem vorzeitigen Abschluß gelangt, ohne daß irgendwie eine positive Einigung zwischen den beiden Ministerpräsidenten hat erzielt werden können. Noch gestern nahm man in Paris und London allgemein an, daß Briands Anwesenheit in London sich noch bis zum Freitag oder Samstag hinzögeln würde. Wie die Blätter melden, hat Briand aber bereits seine Abreise auf heute mittag festgesetzt so daß faktisch die Londoner Konferenz als beendet anzusehen werden muß, da auch der Briand begleitende Loucheur mit nach Paris zurückkehrt.

Schon die leichten Meldungen der Pariser und Londoner Blätter ließen erkennen, daß sich im Schluß der Konferenz sehr erhebliche Meinungsverschiedenheiten aufgetan hatten, die zu überbrücken den beteiligten Sachverständigen die größten Schwierigkeiten bereitete. Der Lösung der Reparationsfrage, wie sie durch die deutsche Note an die Reparationskommission ausgeworfen wurde, ist denn auch die Londoner Konferenz um seinen Schritt nähergekommen und wenn man das Fazit der Verhandlungen zieht, so ergibt sich, daß die Konferenz eigentlich ohne irgendwelche greifbare Ergebnisse abgebrochen wurde.

Als einziges Positivum bleibt auf der einen Seite der Bruch, drei verschiedene Konferenzen einzuberufen: Die alliierten Außenminister werden sich in den Tagen des 8. bis 10. Januar in Paris über die Orientfrage zu unterhalten haben. Dann erfolgt in der ersten Januarhälfte in Cannes eine Tagung des Obersten Rates, zu der vielleicht auch Deutschland hinzugezogen werden könnte. Endlich soll dritters zu einem noch nicht näher festgelegten Zeitpunkte der Plan Lloyd Georges, eine internationale Wirtschaftskonferenz, die die Mittel zur wirtschaftlichen Rekonstruktion Mitteleuropas und Rußlands zu untersuchen hätte, Verwirklichung finden. Auf der andern Seite haben sich England und Frankreich anscheinend über die Zahlungsmodalitäten der beiden nächsten fälligen Raten geeinigt. Wenn man den Blättermeldungen Glauben schenken kann, so besteht diese Einigung darin, daß die deutsche Schulden um 300 Millionen ermäßigt worden ist, so daß also Deutschland für die beiden Raten am 15. Januar und 15. Februar die Gesamtsumme von 500 Millionen Goldmark zahlen muß. Über die restlichen 275 Goldmark kam ein Bruch ebenso wenig zu stande, wie über die von Briand angestrebte Erweiterung der Machtbefugnisse des Garantiekomitees. Einige Londoner Blätter, so die Daily Mail, behaupten sogar ausdrücklich, daß Lloyd George sich mit aller Entschiedenheit gegen eine weitere Ausdehnung der Machtbefugnisse des Garantiekomitees gewendet habe, weil er keine "Ottomanisierung" Deutschlands wünsche.

Im übrigen erwartet man in Londoner politischen Kreisen, daß schon in den nächsten Tagen an Deutschland eine Note des Inhalts ergehen wird, daß es seinen fälligen Verpflichtungen in Höhe von 500 Millionen Goldmark nachzukommen habe. Unter welchen Bedingungen die Stundung der restlichen 300 Millionen bewilligt wurde, wird sich erst aus dieser Note entnehmen lassen. Sanktionen scheinen diesmal die Note nicht zu begleiten, da Lloyd George ja sich immer mehr und mehr zu einem ausgedachten Gegner der Sanktionspolitik entwidelt hat.

Die Ursache des Abbruches?

Eingreifen Italiens.

Berlin, 22. Dezember. (DA.) In unterrichteten diplomatischen Kreisen Berlins wird der Denk erläutert, daß die vorzeitige Unterbrechung der Londoner Besprechungen in der Hauptfrage auf eine Mitteilung zurückzuführen ist, die der italienische Botschafter de Martino gestern Lloyd George gemacht hatte. In dieser Mitteilung wurde darauf hingewiesen, daß Italien ein sehr großes Interesse an der Reparationsfrage habe und der Meinung sei, daß eine Entscheidung in dieser Frage ohne Teilnahme Italiens kaum getroffen werden könne. Obwohl die Mitteilung de Martinos sehr geschickt formuliert war, ließ sie die eigentliche Absicht klar durchblicken, so daß Lloyd George nach einer weiteren Besprechung mit Briand den Bruch sah, die Konferenz über die Reparationsfrage zu vertagen und dann unter Bezeichnung eines italienischen Vertreters fortzuführen.

Briand ist besiegt.

Paris, 22. Dezember. Hierzu meldet: Briand verzichtete seine lebhafte Genugtuung über das erzielte Einvernehmen (?). Zwei wichtige Ergebnisse wurden in London erzielt: Das erste, das praktischer und materieller Natur ist, besteht in der Einberufung des Obersten Rates und berücksichtigt die gemeinsame Aussöhnung der Fragen, die von der Versammlung behandelt werden sollen. Die zweite ist politischer Natur und hat vielleicht noch größeres Gewicht. Sie bedeutet eine engere Verknüpfung der Entente, eine wichtige Grundlage für den Erfolg der nächsten Tagung in Cannes und für die künftigen Maßnahmen von großer Tragweite,

Eine englische Pressestimme.

London, 22. Dezember. Zu der Beendigung der Konferenz zwischen Lloyd George und Briand durch die Einberufung des Obersten Rates für die erste Januarwoche nach Cannes berichtet Daily Chronicle, die französische Ansicht über die wirtschaftlichen und politischen Probleme Europas sei von der britischen Ansicht so verschieden, daß die Gewaltfragen durch den Obersten Rat der Alliierten entschieden werden müssten. Die Engländer hofften, daß auf die Konferenz eine allgemeine internationale Konferenz folgen würde, an der Deutschland und Rußland teilnehmen würden. Laut Daily Chronicle ist Großbritannien bereit, Frankreich die wichtigsten Garantien für seine Sicherheit zu geben. Diese Garantie Großbritanniens müsse auf einer allgemeinen europäischen Vereinbarung beruhen. Der Standpunkt der französischen Sachverständigen beweise leider, daß sie von dem Geiste Lloyd Georges noch weit entfernt seien. Wenn Lloyd Georges Politik in Cannes nicht angenommen werde, werde Europa noch tiefer in das Chaos versinken.

Der Temps für das Abkommen mit Deutschland.

Paris, 23. Dezember. (DA.) Der Temps zeigt sich in seinem Leitartikel einem französisch-englisch-deutschen Garantie-Vertrag auf Gegenwärtigkeit nicht abgeneigt. England und Frankreich könnten ausdrücklich erklären, daß sie die Integrität des Reiches wahren und sich der Einigung in die inneren Angelegenheiten erhalten werden. Wenn ein solches Abkommen von allen Seiten mit gutem Willen und Aufrichtigkeit geschlossen werde, wäre wohl die Zeit gekommen, um auf alle militärischen Sanktionen verzichten zu können.

Zulassung deutscher Delegierter?

Paris, 22. Dezember. Der Sonderberichterstatter der Agence France erwähnt in einer Meldung aus London, daß deutsche Delegierte zu den Beratungen in Cannes zugelassen würden, wie es in Spa und bei der Februarkonferenz in London der Fall gewesen sei, fügt jedoch hinzu, daß man diese Gerüchte mit ausdrücklicher Reserve verzeichnen müsse.

Ein Oberland-Dregeschift als Mörder.

München, 23. Dezember. (Eigene Drahtmeldung.) Vor wenigen Tagen ereignete sich in München ein entsetzliches Verbrechen. In einem Keller wurde ein 59 Jahre alter Kaufmann mit einer Eisenstange erschlagen und beraubt. Zwischen ist der Mörder und sein Bruder, der der Mittäterschaft verdächtig war, festgenommen. Sowohl der Mörder als auch sein Bruder waren zur Zeit der Räterepublik radikale Kommunisten. Mit dem politischen Umsturz in Bayern schlug auch ihre Gesinnung um. Das Freikorps Oberland kann es sich zur Ehre rechnen, daß die beiden in Oberbayern in den Reihen des Freikorps kämpften und dort alle "Heldenaten" mitmachten. Als aber dort nichts mehr zu holen war, lebten die beiden heim und jetzt ist der Bruder des Mörders Gruppenführer einer Sturmabteilung der nationalsozialistischen Partei (Antisemiten). Diese Sturmabteilung ist die Terrorgruppe der Münchner rauschenden Antisemiten.

Rücktritt Dr. Beneš?

Berlin, 23. Dezember. (Eigene Drahtmeldung.) Das Berliner Tageblatt erfährt aus Prag: Dr. Beneš soll, wie in parlamentarischen Kreisen verlautet, bedenklich sein Amt als Ministerpräsidenten niederzulegen, um sich wieder auf das Kabinett des Außenministers zu beschränken. Den unmittelbaren Anlaß zu dieser Entwickelung bilden die zerfahrenen Verhältnisse in der tschechoslowakischen Koalition, in der einmal die bürgerlichen, am andernmal die sozialistischen Parteien das Konzept der Regierung stören. Ob der Rücktritt Beneš' als Chef der Regierung schon bald erfolgen wird, hängt wesentlich davon ab, ob sich ein tschechischer Parteien genannter Politiker als Kabinettschef finden wird. Vor der Hand steht eine solche Persönlichkeit nicht zur Verfügung.

Die Palastrevolution in der KPD.

Malzahn fordert Rücktritt der Märzputzhilfen in der Zentrale.

Berlin, 23. Dezember. (Eigene Drahtmeldung.) Der Friede wird berichtet: In der vorgestrigen Sitzung der Zentrale der KPD erschien eine Deputation von hiesigen und auswärtigen Delegierten unter Führung von Malzahn, die eine mit mehreren Unterschriften versehene Resolution vorlegte, in der der sofortige Rücktritt aller am Märzpalast mitgewirkten Mitglieder gefordert wurde. Es ist selbstverständlich, daß die Deputation mit leeren Redensarten abgespeist wurde. Wie wir weiter hören, will sich die immer stärker werdende Opposition in der KPD mit diesen Erklärungen nicht zufrieden geben, sie wird sich in den nächsten Tagen mit einer Erklärung, die u. a. von Brach, Malzahn und Friesland unterzeichnet sein wird, an die Parteigenossen im Lande wenden, damit ein unverdienster Standal ein Ende gemacht wird, daß immer noch Leute an der Spitze der Partei stehen können, die längst das Vertrauen verwirkt haben.

Um keinen Schritt weiter.

Plötzlich und unerwartet hat am gestrigen Tage die Londoner Konferenz ihr Ende gefunden. Das Reparationsproblem hat eine neue Phase durchlaufen, ohne damit seiner Lösung auch nur um einen Schritt nähergekommen zu sein. Die Ergebnisse der Besprechungen zwischen Lloyd George und Briand sind außerordentlich mager, wenn man nicht sagen will, daß sie vollkommen negativ verlaufen seien. Das einzige positive Resultat ist das Einverständnis für das Zusammentreten des Obersten Rates in der ersten Hälfte des Januar, neben dem eine Konferenz der alliierten Außenminister eingerichtet soll. Unter Hinblick auf die Zahlungsunfähigkeit Deutschlands, die in der letzten Note an die Reparationskommission verkündet wurde, hat man sich dahin geeinigt, daß Deutschland zahlen muß. Nur hat man die Januar- und Februarquoten um etwa 300 Mill. Goldmark ermäßigt. Über die einzelnen Bedingungen dieses Zahlungsaufschubs ist bisher nichts bekannt geworden.

Zwar wird gemeldet, daß demnächst in Form einer Note der deutschen Regierung die Bedingungen für die Zahlungs erleichterungen übermittelt werden sollen, indem alle französischen und englischen Meldungen über den Verlauf der Konferenz und ihr jähes Ende lassen den Schluß zu, daß man zu einer Einigung in der zur Diskussion stehenden Fragen nicht gelangen konnte. Zwischen den Engländern und den Franzosen klafft in der Frage des Wiederaufbauproblems, in der Haltung gegenüber Deutschland und Rußland und in der Angortfrage ein scharfer Gegensatz, und wenn nicht alles täuscht, ist derselbe durch die Aussprache in London keineswegs gemildert worden. Wenngleich Briand bei seiner Rückkehr nach Frankreich erklärte, daß er von dem Ergebnis der Besprechung befriedigt sei, so darf man schließlich der Aussöhnung Briands zustimmen insoweit, als es ihm gelungen ist, die Frage des Moratoriums auf die lange Bank zu schieben und Lloyd George zu zwingen, für die Weiterzahlung der nächsten Reparationsraten durch Deutschland keine Zustimmung zu geben. Weniger befriedigt von dem Ergebnis dürfte Lloyd George sein. Alle seine Hoffnungen, die er auf die direkte Aussprache mit dem Leiter der französischen Politik stützte, sind zu Wasser geworden. Die Frage des Allianzvertrags der drei Länder ist von den Franzosen unter Führung Briands scheinbar einstimmig abgelehnt worden. Er ist eine Voraussetzung für die weitere Einsteilung der englischen Politik, die darauf gerichtet ist, den Einfluß Frankreichs, sein Bestreben, die Hegemonie über Europa zu errichten, zu verhindern. Um dies zu erreichen, muß Lloyd George dahin wirken, die Gefahren, die angeblich von Deutschland drohen, zu beseitigen, indem sich Deutschland vertraglich verpflichtet soll, die in dem Vertrag von Versailles gezogenen Grenzen entsprechend zu respektieren. Wäre eine derartige Allianz erreicht, dann könnte Lloyd George darauf dringen, daß auch Frankreich dem Problem der Abrüstung nähertrete. Damit würde dann der Alp, der über Europa lastet, gemildert werden und die politische Lage Englands würde sich nicht unwesentlich verbessern. Diesen Gedanken aber hat Frankreich von sich gewiesen. Briand will auf keinen Fall seiner bisherigen Machtfülle über die Länder Europas entsagen.

Dazu kommt, daß die wirtschaftliche Situation in England immer schwieriger wird und Lloyd George vor die gebieterische Notwendigkeit stellt, das Reparationsproblem gegenüber Deutschland, das allein eine Erleichterung im englischen Wirtschaftsleben bringen kann, zu reformieren. England ist darum bereit, auf alle Reparationszahlungen im Jahre 1922 zu verzichten, um damit dem vom Kriege am stärksten getroffenen Frankreich, sowie auch Belgien den Vorrang zu lassen. Es will beiden Ländern die Möglichkeit geben, die zerstörten Gebiete so rasch als möglich zum Aufbau zu bringen. Dabei ergibt sich freilich eine weitere Schwierigkeit, die darin besteht, daß für die Reparationssummen von 1921 die Engländer das Recht der Priorität haben, auf das sie auch unter den heutigen Verhältnissen noch nicht zu verzichten gewillt sind. England und Frankreich streiten sich seit dem August dieses Jahres über die Beteiligung der ersten Milliarde, darüber man bis zum heutigen Tage noch nicht zur Einigung gelangen konnte.

Bei der Gegenwärtigkeit der Aussöhnungen zwischen Briand und Lloyd George ist es zu verstehen, wenn es in den Verhandlungsräumen zu Downingstreet zeitweise zu scharfen Auseinandersetzungen gekommen sein mag, um so mehr, da die zur Diskussion gestellten Probleme fernher verschwunden werden durch die Einstellung Englands gegenüber dem Wiederaufbau in Rußland. Das hochindustriell entwickelte Wirtschaftsgebiet in England fordert gebieterische Absatzmärkte, wenn das ganze Wirtschaftsleben nicht in vollständiges Stocken geraten soll. Die englischen Roboter streben daher gemeinsam mit den Stinnesleuten in Deutschland die kapitalistische Wiederaufbauarbeit in Rußland unmittelbar in Angriff zu nehmen. Rußland aber war der Schulner Frankreichs vor dem Kriege und die Haltung der Sowjetregierung in der Frage der Zinszahlungen hat den französischen Kleinbürgern in so starke Erregung gebracht, daß Briand auch heute noch nicht sagt, Sowjetrußland

Gewerkschaftsbewegung.

Zur Lohnbewegung der sächsischen Gemeindearbeiter.

Der Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter hatte Mitte Dezember im Anschluß an die Forderungen der Spitzengewerkschaften für die Reichsarbeiter den Antrag gestellt, mit Wirkung vom 1. Dezember d. J. ab die Höhe der sächsischen Gemeindearbeiter in allen Ortsklassen um 5 Mark für die Arbeitsstunde für alle Arbeiterschichten zu erhöhen. Diese Forderungen gingen im Ergebnis nicht über die Forderungen der Spitzengewerkschaften hinaus. Von Arbeitsgeberverband sächsischer Gemeinden wurde es abgelehnt, im gegenwärtigen Zeitpunkt wegen der mit der Reichsregierung schwierigen Verhandlungen in Sonderlohnverhandlungen einzutreten. Die Arbeiterschaft erkannte an, daß es kaum möglich sein wird, die Verhandlungen vor Weihnachten zum Abschluß zu bringen. Deshalb stellten sie den Antrag, den Arbeitern zu fordern, und zwar nach vor Weihnachten einen Zuschuß von 5 Mark in Höhe von 500 Mark für Verholzrate und 200 Mark für Ledige auszuzahlen. Auch dieser Wunsch wurde vom Arbeitgeberverband nicht erfüllt. Der Arbeitgeberverband stellte lediglich in Aussicht, falls vom Reich oder Staat eine Vorschüzzahlung an die Reichs- oder Staatsarbeiter erfolge, nach denselben Grundlagen und in der gleichen Höhe auch den sächsischen Gemeindearbeitern noch vor Weihnachten eine solche Vorschüzzahlung an zu gewähren.

Zur Lohnbewegung der Leipziger Metallarbeiter.

Am vergangenen Dienstag nahmen in einer überaus stark besuchten Mitgliederversammlung die Metallarbeiter den Bericht der Verhandlungskommission über die stattgefundenen Lohnverhandlungen für Monat Dezember entgegen. Die Forderungen waren schwererkt in der Versammlung in der Textilmessehalle aufgestellt worden, und zwar in Höhe von 3 Mrd. Stundenzuschlag auf die bestehenden Löhne. Trotz der zahlreichen, bedeutend weitergehenden Forderungen in dieser Versammlung befriedeten sich die Kollegen auf diesen Satz. Sie glaubten damit zu erreichen daß ihre bedeutsamen Forderungen am ehesten erfüllt würden. Die Arbeiterschaft wurde aber schwer getäuscht. Die Unternehmer zeigten kein Verständnis für die gerechten Forderungen der Arbeiter, trotz der ungeheuren Gewinne, die sie einheimmen. Die bestehenden Löhne wurden als ausreichend bezeichnet, obwohl sie für einen über 25 Jahre alten Arbeiter nur 8,25 bis 8,70 Mrd. betragen und für die jüngeren Altersstufen noch bedeutend niedriger sind. Nach langen Verhandlungen bequemten sich die Unternehmer dazu, als Ausgleich auf die Dezemberlöhne eine Wirtschaftshilfe zu zahlen, und zwar für über 25 Jahre alte Arbeiter 150 Mr., über 21 Jahre alte Arbeiter 130 Mr. und über 18 Jahre alte Arbeiter 100 Mr. Für jugendliche Arbeiter im 18. Jahre 80 Mr., im 17. Jahre 80 Mr., im 16. Jahre 60 Mr., im 15. Jahre 60 Mr. Für Arbeiterinnen über 28 Jahre 100 Mr., über 21 Jahre 80 Mr., unter 21 Jahre 60 Mr. Außerdem soll eine einmalige Familienhilfe in Höhe von 40 Mr. pro Kopf gegeben werden. Die vorliegenden Gehälften sollen aber nur diejenigen Arbeiter erhalten, die vom 1.-22. Dezember im Betrieb sind. Unter leichten Bedenklichkeiten wurde dem Ergebnis zugestimmt. Besonders energisch wurde die von den Unternehmern zum Ausdruck gebrachte Ansicht aufgewiesen, daß die Arbeiterschaft nicht hinter den von der Organisationsleitung überreichten Forderungen stehe.

Die für Monat Januar einzureichenden Forderungen wurden aufgestellt. In der sehr lebhafte Aussprache über diesen Punkt wurde befont, daß es Aufgabe jeden Arbeiters ist, dafür zu sorgen, daß die Forderungen für den Januar nicht das Schicksal der Dezemberforderungen erleiden. Die Lohnbewegung zeigt, daß es nur durch schärfsten Kampf möglich ist, dem Unternehmetum Zusätzliche Abzüge abzuringen.

Im weiteren Verlauf der Versammlung wies der Vorstehende auf das Vierstundentummothen hin. Das gesamte Unternehmetum und die kapitalistischen Vertreter in den Parlamenten laufen Sturm gegen die Anordnung des sächsischen Arbeitsministers, Haussel Tadel, wonach vor Eheschließung von Verheirathen erst die Frage kommenden gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiter gehört werden müssen. Die Unternehmer erhielten natürlich in dieser verständlichen Maßnahme eine Beschränkung ihrer Ausbeuterfreiheit. Bislang werden die Verhältnisse gesetzelt, die den vorgeschriebenen Hochzeitswochenlöhnen von 225 Mark, auf den Garantischen der Bedienungsangestellten 60 Mark, entfallen auf den garantischen Mindestwochenlohn von 225 Mark. Auf den Bruttogesalz 25 v. H. Röthe und Lehmlein werden von dieser Regelung nicht erfaßt.

Die Volkschaft hört ich wohl. Bisher haben die „neutralen“ Gewerkschafter im entscheidenden Augenblick stets veragt.

Schiedsspruch im Leipziger Gastwirtsgewerbe. Der Schiedssturzsaalhauß hält am 17. Dezember folgenden Spruch:

Die Arbeitsgemeinschaft der Gastwirte Leipzig-Stadt und Land ist verpflichtet, mit Wirkung vom 1. Dezember 1921 auf die gegenwärtig bestehenden Thürhöfe folgende Entschuldigung zu gewähren: Für das gesamte Saisonjahr, das im Januar wohin beobachtigt wird 25 v. H. für das übrige gesamte Saisonjahr 25 v. H.; für Maschinisten, Heizer und Handwerker außer Art 100 Mark wöchentlich; auf die Garantie ließige der Ausbildung 25 v. H.; auf den Garantischen der Bedienungsangestellten 60 Mark wöchentlich, auf den garantischen Mindestwochenlohn von 225 Mark. Auf den Bruttogesalz 25 v. H. Röthe und Lehmlein werden von dieser Regelung nicht erfaßt.

In der Begründung wird darauf hingewiesen, daß es immer noch von einem großen Teil der Gastwirte angefordert wird, Trinkgelder angenommen werden. Es ist, so heißt es dann weiter, nicht derjenigen Bedienungsangestellten, die dem sittlichen Gedanken rechter Auseinandersetzung des Trinkgeldes mit ausdrücklich Erste zur Durchführung verhelfen wollen, Trinkgeld in jeder Form mit Einschluß der Trinkgeldauszahlung behält sich grundsätzlich die Nachprüfung der Frage des Trinkgeldes, des Kleidungswertes und der Gabe prozentuale Abzüge für Kostgäste ein.

Ausweitung in der Thüringer Textilindustrie. In Weida und Triebes sind 3000 Arbeiter ausgesetzt worden, obwohl die Textfabrikanten erklärt, sie brauchen bis 15. Januar 2 Millionen Säcke, da sonst die Lebensmittelversorgung in Gefahr sei. Als Grund wird folgendes angegeben: Am 10. November kündigten die Arbeitgeber in Weida und Triebes den Tarif und forderten 2 Mrd. Vohnerhöhung. Die Direktion der Textfabriken in den beiden Orten erklärte sich daran bis auf geringe Abweichungen einverstanden, forderte aber dann, daß auf die Dauer von mindestens drei Monaten täglich zehn Stunden gearbeitet werden müsse. Der Schlüttungsausschuß in Weimar hat das Ansuchen der Direktion betreffend die Überarbeitsarbeit abgelehnt. Es kam erneut zu Verhandlungen, die sich wieder verschlugen, weil der Direktor Verhandlungen verlangte, daß der Altkündlager auf 8,25 Mrd. aufgebaut werden sollte. Die Belegschaft verharrte im Streit, worauf am 22. Dezember den Streikenden die Entlassungspapiere zugestellt wurden.

Eisenbahnerstreik in Österreich. Die Eisenbahner der Eisenbahndirektion Katowitz hatten bis heute abend das Ultimatum gestellt, die Befreiungszölle ausgezahlt zu erhalten. Da dies nicht erfolgte, traten sie in den Streit, so daß am Abend keine Züge verkehrten. Auch die um 11 Uhr fällige Berliner Schnellzug konnte nicht abgelassen werden.

Vorläufig streikt nur das Personal des Bahnhofes Gleiwitz, es besteht aber die Gefahr, daß auch andere Bahnhöfe Österreichs erfasst werden. Verhandlungen sind eingeleitet. Der oberösterreichische Eisenbahnerstreit endet. Die Verhandlungen zwischen den Eisenbahnergewerkschaftsführern und den Intendanten-Kommissionen haben zu dem Ergebnis geführt, daß den Beamten eine Vorschüzzahlung auf die erhöhten Ortsklassenwöhle hinzugefügt wird. Damit sind alle Streitbefürchtungen im Eisenbahndirektion Katowitz beseitigt.

Zur Aufklärung für unsere Kunden!

Wir entnehmen täglich aus Äußerungen unserer Kunden, daß die Ansicht verbreitet ist, als seien durch den „Ausverlauf Deutschlands“ und durch die vorzeitigen Eindeckungs- und Angst-einfäuse die Lager in Textilwaren so gering, daß in Bekleidungsgeschäften nicht die gewohnte Auswahl vorgelegt werden könne. Diese Annahme trifft nicht überall zu, jedenfalls nicht bei uns. Gewiß sind auch wir in den vergangenen Monaten von Käufern derart bestürmt worden, daß trotz großer Verstärkung des Verkaufspersonals nicht alle befriedigt werden konnten und in manchen Abteilungen die Vorräte sich bedenklich lichteten. Jedoch war es uns durch unsere richtigen, frühzeitigen Stoffeinläufe bei den ersten deutschen Tuchfabrikanten ermöglicht, aus unseren großen Betrieben, mit denen wir ständig annähernd 300 Schneiderkräfte beschäftigen, große Eingänge zu verzeichnen, so daß wir heute wieder über eine unerreicht große Auswahl verfügen. Da die Stoffe im Frühjahr und Sommer, also zur billigsten Zeit, gekauft waren, sind unsere Preise durchaus niedrig und entsprechen bei weitem nicht den heutigen Marktpreisen. Müßten wir die Stoffe heute kaufen, so würden sie das Dreifache kosten. Es ist also ein Irrtum, wenn man glaubt, daß die Preise für Herrenbekleidung unerschwinglich hoch und die Auswahl gering sei.

H. Hollenfamp & Co. · Leipzig

Erstes Herren-Bekleidungshaus

Brühl 28/32, Ecke Reichstraße

